



# Geschäftsbericht 2007

Jahresabschluss und Lagebericht

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Lagebericht</b>	<b>4</b>
1.1	Allgemeines	4
1.2	Geschäftsverlauf	5
1.2.1	Bestandsentwicklung	5
1.2.2	Kapitalanlagen	5
1.2.3	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	6
1.2.4	Überschuss	6
1.2.5	Solvabilität	7
1.3	Überschussverwendung	7
1.4	Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	7
1.5	Ausblick	9
<b>2</b>	<b>Jahresabschluss</b>	<b>10</b>
2.1	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007	10
2.2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007	12
<b>3</b>	<b>Anhang</b>	<b>13</b>
3.1	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2007	14
3.2	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007	20
3.3	Weitere Angaben	23
<b>4</b>	<b>Anlage zum Lagebericht</b>	<b>24</b>
<b>5</b>	<b>Anlage zum Anhang</b>	<b>27</b>
<b>6</b>	<b>Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers</b>	<b>30</b>
<b>7</b>	<b>Bericht des Aufsichtsrates</b>	<b>31</b>
<b>8</b>	<b>Organe</b>	<b>33</b>



## 1 LAGEBERICHT

### 1.1 Allgemeines

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist die Pensionskasse des steuerberatenden Berufs. Als ordentliche Mitglieder können nach unserer Satzung aufgenommen werden

- Angehörige der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes, die für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründen,
- Personen, Vereinigungen und Gesellschaften nach § 3 Nr. 1 bis 3 und § 58 des Steuerberatungsgesetzes sowie sonstige berufsständische Organisationen von Angehörigen der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes, wenn sie als Arbeitgeber Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Personen abschließen.

Unsere Versorgungseinrichtung konzentriert sich auf die Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung in Form von Renten- und Kapitalleistungen. Die aktuellen Rententarife bieten eine Altersversorgung, wahlweise mit oder ohne Hinterbliebenenrenten. Zusätzlich kann eine Berufsunfähigkeitsversorgung eingeschlossen werden.

Für Angehörige der steuerberatenden Berufe kann die Versicherung als private Vorsorge, deren Zweck die Absicherung wegfallenden Erwerbseinkommens ist, ausgestaltet werden. In der privaten Vorsorge bieten wir insbesondere die steuerlich geförderte „Basisversorgung“ an („Rürup-Rente“). Dabei kann auch eine flexible Beitragszahlung vereinbart werden.

Zur Risikovorsorge bieten wir den Angehörigen der steuerberatenden Berufe eine eigenständige Berufsunfähigkeits-Versicherung und eine Risikoversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung an.

In der betrieblichen Altersversorgung stellen wir als kostengünstige Pensionskasse einen attraktiven Durchführungsweg zur Verfügung.

Wir sind eine Pensionskasse im Sinne der §§ 118a und 118b Abs. 1, 2 und 6 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Als Pensionskasse von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung im Sinne des § 156a Abs. 3 VAG a. F. sind wir bereits seit dem Jahr 1998 eine deregulierte Pensionskasse (§ 118b Abs. 6 VAG). Unsere Rechtsform ist der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) gemäß § 15 VAG. Aufgrund der satzungsmäßigen Begrenzung des versicherbaren Personenkreises können wir die besonderen Bestimmungen des § 53 VAG nutzen. Der Sitz der Pensionskasse ist Bonn.

Für das Neugeschäft werden seit Beginn des Jahres 2007 Tarife mit einem Rechnungszins von 2,25 % verwendet. Damit beachten wir als deregulierte Pensionskasse die Anpassung des gesetzlich vorgeschriebenen Höchstrechnungszinses zum 1. Januar 2007.

Wir sind Mitglied im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., im Verein Versicherungsombudsmann e.V., in der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit e.V. und in der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V..

Versicherungsfremde Geschäfte haben wir nicht getätigt.

## 1.2 Geschäftsverlauf

### 1.2.1 Bestandsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2007 beruhte der Neuzugang an Versicherungen überwiegend auf der betrieblichen Altersversorgung und auf der steuerlich geförderten „Basisversorgung“.

Der Neuzugang wirkte sich auf den Versicherungsbestand aus. Zum 31. Dezember 2007 belief sich die gesamte Versicherungssumme auf 885.056.019,28 €. Das bedeutete eine Steigerung um 0,8 % (im Vorjahr 1,2 %).

Die gebuchten Bruttobeiträge verminderten sich auf 33.308.377,15 €, d. h. um 0,9 % (nach einem Anstieg um 0,9 % im Vorjahr).

Die Zahlungen für Versicherungsleistungen haben 23.331.959,86 € betragen (im Vorjahr 23.769.744,73 €). Die Veränderung beruhte auf dem weiteren Zugang an Altersrentnern bei gleichzeitigem Rückgang der Kapitalabfindungen.

Für die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen bilden wir versicherungstechnische Rückstellungen. Dabei werden die vertraglich vereinbarten Leistungen – einschließlich der zur Leistungserhöhung bereits verwendeten Überschussanteile – durch die Deckungsrückstellung erfasst. Die Deckungsrückstellung ist in Höhe ihres versicherungsmathematisch errechneten Wertes nach der prospektiven Methode bestimmt. Die Versicherungsleistungen werden damit nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren kapitalgedeckt finanziert.

Der Bruttobetrag der Deckungsrückstellung erhöhte sich im Geschäftsjahr um 36.415.412,00 € (im Vorjahr 34.590.116,00 €). Die höhere Zuführung gegenüber dem Vorjahr geht einher mit den gesunkenen Zahlungen für Versicherungsleistungen. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung besteht die Notwendigkeit, die Deckungsrückstellung zu verstärken. Von der Zuführung zur Deckungsrückstellung entfallen 8.075.231,00 € auf die Verstärkung zum Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen (im Vorjahr 9.268.934,00 €). Die Deckungsrückstellung beträgt brutto insgesamt 685.993.927,00 €.

Die Bewegung des Bestandes an Versicherungen ist aus der Anlage zum Lagebericht ersichtlich.

### 1.2.2 Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr um 34.526.617,10 € oder 5,1 % auf 709.177.150,51 € gestiegen. Ihre Zusammensetzung und Entwicklung ist im Anhang dargestellt.

Aus den Kapitalanlagen ergaben sich im Geschäftsjahr Erträge von 31.294.689,66 € gegenüber 29.492.243,73 € im Vorjahr. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf 1.515.417,66 € (im Vorjahr 1.905.498,83 €). Die Nettoverzinsung erhöhte sich auf 4,30 % (im Vorjahr 4,22 %).

Der Zeitwert der Kapitalanlagen beträgt insgesamt 696.285.205,65 €. Die Zusammensetzung ist im Anhang angegeben.

Aus der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips nach § 341b Abs. 2 HGB bestehen stille Lasten in Höhe von 5.750.147,42 €. Dem stehen stille Reserven von 1.572.379,31 € bei den so bewerteten Wertpapieren gegenüber (Aktiva B II 1 und 2).

Für die gesamten Kapitalanlagen, insbesondere einschließlich der zum Nennwert bilanzierten Kapitalanlagen, ergibt sich ein Saldo von 12.891.944,86 € an stillen Lasten (nach Saldierung mit den stillen Reserven); dies entspricht 1,82 % des Bilanzwertes der Kapitalanlagen.

Die stillen Lasten resultieren aus den niedrigeren Zeitwerten. Dies ist Folge der allgemeinen Kapitalmarktentwicklungen, die im Geschäftsjahr durch einen weiteren Zinsanstieg und höhere Risikoaufschläge geprägt waren. Davon sind in einem gewissen Maß sogar die als sehr sicher angesehenen Pfandbriefe betroffen, die einen erheblichen Teil der Kapitalanlagen ausmachen.

Aufgrund der hohen Qualität unserer Kapitalanlagen waren keine Abschreibungen zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken erforderlich. Die stillen Lasten der festverzinslichen Kapitalanlagen können als nicht dauerhaft angesehen werden, weil diese Kapitalanlagen mit hoher Sicherheit bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden. Lediglich bei einigen Wertpapieren haben wir außerplanmäßige Abschreibungen auf den Nennwert bzw. einen höheren Zeitwert vorgenommen, wenn der Anschaffungswert bzw. der Bilanzwert des Vorjahres höher war. Diese Abschreibungen von insgesamt 100.900,00 € sind vor allem auf den Zinsanstieg und die damit verbundene Entwicklung der Marktkurse zurückzuführen.

Die Kapitalanlagen stellen das Sicherungsvermögen dar, das nach den aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Bedeckung des Sollwertes aus den Verpflichtungen der Versicherungsverträge qualifiziert sein muss. Die erforderliche Bedeckung des Sollwertes durch das Sicherungsvermögen ist sowohl nach den Bilanzwerten als auch nach den Zeitwerten gegeben.

### **1.2.3 Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb**

Die Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 1.269.893,97 € (im Vorjahr 1.347.736,66 €). Sie liegen damit wieder unter den geschäftsplanmäßigen Sätzen und betragen 3,81 % (im Vorjahr 4,01 %) der gebuchten Beiträge. Die darin enthaltenen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 655.589,54 € entsprechen 1,97 % der gebuchten Bruttobeiträge (im Vorjahr 1,95 %).

### **1.2.4 Überschuss**

Der Überschuss des Geschäftsjahres ergab sich im Wesentlichen aus dem Zinsergebnis sowie aus dem Risikoergebnis und aus dem Kostenergebnis. Aus dem Abgang von Kapitalanlagen konnten wir zusätzliche Erträge erzielen.

Weiterhin war es notwendig, die Deckungsrückstellung für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung zu verstärken. In den bis zum 31. Dezember 2004 angebotenen neueren Tarifen war eine Anpassung an die aktuelleren Rechnungsgrundlagen erforderlich, wodurch der Trend der steigenden Lebenserwartung stärker berücksichtigt wird. Von diesen Maßnahmen war der Überschuss für die nach diesen Tarifen versicherten Personen betroffen. Hierbei ist das unterschiedliche Niveau der Tarifbeiträge zu berücksichtigen.

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr ein Überschuss von 1.711.768,61 € (im Vorjahr 1.295.100,16 €) erzielt. Hiervon wurden 400.000,00 € der Verlustrücklage und 1.311.768,61 € der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugewiesen.

### 1.2.5 Solvabilität

Versicherungsunternehmen sind gemäß § 53c VAG verpflichtet, zur Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verträge stets über freie unbelastete Eigenmittel mindestens in Höhe der geforderten Solvabilitätsspanne zu verfügen, die sich nach dem gesamten Geschäftsumfang bemisst. Weitere Vorschriften hierzu regelt die Kapitalausstattungs-Verordnung.

Als Eigenmittel können wir insbesondere die Verlustrücklage und die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, soweit sie nicht auf festgelegte Überschussanteile entfällt, heranziehen. Die früher ergänzend genutzte Möglichkeit, künftige Überschüsse als Eigenmittel anzusetzen, bestand nur noch im Rahmen einer Übergangsfrist, die im Jahr 2007 abgelaufen ist. Die Verschärfung der Vorschriften ist Folge der europäischen Solvabilitäts-Richtlinien aus dem Jahr 2002.

Zur Stärkung der Eigenmittel hatten wir bereits seit dem Jahr 2003 höhere Zuführungen zur Verlustrücklage vorgenommen und den als Eigenmittel anrechenbaren Teil der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gesteigert. Als weitere Maßnahme hatte die Deutsche Steuerberater-Versicherung nach Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde im Jahr 2006 nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von 7.000.000,00 € begeben. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre. Die Schuldverschreibungen werden mit jährlich 6,5 % verzinst. Das auf die Schuldverschreibungen eingezahlte Nachrangkapital können wir den Eigenmitteln im Sinne der Solvabilität zuordnen.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung erfüllt die Solvabilitätsvorschriften.

### 1.3 Überschussverwendung

Im Geschäftsjahr wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zur Durchführung von bisherigen Beschlüssen für die Überschussverwendung 1.625.422,29 € entnommen. Davon entfallen 1.130.763,00 € auf Erhöhungen der versicherten Leistungen, die als Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung verbucht worden sind. Im Übrigen handelt es sich um gezahlte Schlussüberschussanteile von 452.927,64 € sowie um Überschussanteile von 41.731,65 €, die mit Beiträgen verrechnet wurden.

Unter Berücksichtigung der Entnahmen und der Zuführung des Geschäftsjahres beläuft sich die Rückstellung für Beitragsrückerstattung zum 31. Dezember 2007 auf 19.253.130,16 € (im Vorjahr 19.566.783,84 €).

Gemäß § 16 Abs. 2 der Satzung legen wir den Vorschlag zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung vor. Der Aufsichtsrat leitet den Vorschlag mit seiner Stellungnahme der Vertreterversammlung zur Beschlussfassung zu.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang des Jahresabschlusses aufgeführt.

### 1.4 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Für die künftige Entwicklung können insbesondere Risiken im Bereich der Versicherungstechnik und der Kapitalanlagen von Bedeutung sein. Weitere Risiken können sich im operationalen Bereich ergeben. Wir begegnen den Risiken durch angemessene Maßnahmen.

In der Versicherungstechnik stellt die Änderung der Rahmenbedingungen, insbesondere die Steigerung der Lebenserwartung, ein Risiko dar.

Wir analysieren die Risiken durch regelmäßige Kontrolle des Risikoverlaufs und der Rechnungsgrundlagen. In dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif wird die Deckungsrückstellung nach dem geschäftsplanmäßigen Verfahren weiter verstärkt. In den neueren Tarifen werden die DAV-Sterbetafeln angewendet. Soweit deshalb erforderlich, wurde zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2007 eine weitere Anpassung der Deckungsrückstellung vorgenommen.

Zur Absicherung hoher Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenleistungen sowie medizinisch erhöhter Risiken erfolgt eine eingehende Risikoprüfung vor Vertragsabschluss. Außerdem besteht ein Rückversicherungsvertrag, durch den wir unseren Selbstbehalt übersteigende oder erhöhte Risiken für diese Versicherungsfälle rückgedeckt haben.

Die Risiken am Kapitalmarkt werden durch eine vorsichtige Anlagepolitik begrenzt. Dabei wird stets der Sicherheit der Kapitalanlagen der Vorrang vor einer eventuell höheren Rendite, die mit zu hohen Risiken verbunden wäre, gegeben. Der Schwerpunkt unserer Kapitalanlagen liegt auf festverzinslichen Wertpapieren gut fundierter Aussteller, die über ein Investment-Grade-Rating verfügen müssen. Nur ein geringer Anteil wird in Risikokapitalanlagen getätigt. Der Aktienanteil innerhalb der vorhandenen Investmentfonds betrug zum Bilanzstichtag 3,0 % der gesamten Kapitalanlagen (im Vorjahr 4,3 %). Im Direktbestand halten wir keine Aktienanlagen. Im Übrigen achten wir bei unseren Kapitalanlagen auf eine ausreichende Streuung und Mischung. Mit dieser Kapitalanlagepolitik soll sichergestellt werden, dass der garantierte Rechnungszins dauerhaft erreicht wird. Diese Kapitalanlagepolitik wollen wir auch in Zukunft beibehalten.

Den operationalen Risiken begegnen wir insbesondere durch eine angemessene Aufbau- und Ablauforganisation unseres Geschäftsbetriebes. In die Organisation ist ein internes Kontrollsystem einbezogen.

Die Chancen der künftigen Entwicklung liegen in der wachsenden Bedeutung und Notwendigkeit der zusätzlichen Altersversorgung. Dabei sind die steuerlich geförderten Vorsorgemodelle „Basisversorgung“ und betriebliche Altersversorgung wichtige Säulen. In der betrieblichen Altersversorgung wird die Entgeltumwandlung durch die beschlossene Fortsetzung der Beitragsfreiheit in der Sozialversicherung weiter gestärkt.

Als berufsständische Pensionskasse ist die Deutsche Steuerberater-Versicherung ein besonders geeigneter Partner.

Die niedrigen Betriebskosten erlauben uns, kostengünstige und attraktive Tarife anzubieten. Es fallen keine Abschlussgebühren und Kosten für einen Außendienst oder Makler an. Die ersten Sparbeiträge werden nicht für Provisionen verbraucht, sondern fließen direkt in die Altersvorsorge.

Mit einer soliden Geschäftspolitik tragen wir zur Alterssicherung der Mitglieder und Versicherten bei. Interessenten an Vorsorgelösungen können uns als zuverlässigen Partner für ihre Alters- und Risikoversorge wahrnehmen.

### 1.5 Ausblick

Vorgänge von besonders erheblicher Bedeutung waren nach Schluss des Geschäftsjahres nicht zu verzeichnen.

Zum 1. Januar 2008 ist das neue Versicherungsvertragsgesetz in Kraft getreten. Mit der Reform des Gesetzes sollen eine Verbesserung des Verbraucherschutzes, ein gerechterer Interessenausgleich und eine Modernisierung in der Lebensversicherung erreicht werden.

Die gesetzlichen Neuregelungen gelten auch für die Versicherungsverträge mit der Deutschen Steuerberater-Versicherung.

Für das Neugeschäft ab dem Jahr 2008 haben wir daher neue Allgemeine Versicherungsbedingungen und dazu passende Tarife eingeführt.

Unsere aktuellen Tarife bieten erweiterte und flexible Versicherungslösungen. Als Produktlinien stehen die folgenden Tarife zur Verfügung:

ds:Rente	– die flexible Rentenversicherung
ds:Rente Plus	– die umfassende Alters- und Hinterbliebenenversorgung
ds:Basis	– die neue Basisrente
ds:BU	– die eigenständige Berufsunfähigkeits-Versorgung
ds:RIBU	– die Risikoversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
ds:bAV	– die Pensionskasse zur betrieblichen Altersversorgung

Die steuerlichen Förderungen nach dem Altersvermögensgesetz und dem Alterseinkünftegesetz können genutzt werden. Durch das Jahressteuergesetz 2007 waren die Rahmenbedingungen einer zusätzlichen Basisrente insbesondere für Selbständige bereits deutlich verbessert worden.

In der gesetzlichen Rentenversicherung wird das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rente wird für künftige Rentenzugänge sinken und allein für eine ausreichende Altersabsicherung voraussichtlich nicht mehr reichen. Die steigende Lebenserwartung führt außerdem dazu, dass zu Beginn der Altersrente mehr Kapital vorhanden sein muss, um ein ausreichendes Alterseinkommen zu erzielen. Eine zusätzliche Altersvorsorge wird immer wichtiger.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung bietet günstige und lukrative Vorsorgemöglichkeiten für die zusätzliche Alters- und Risikoabsicherung.

Wir rechnen mit einem weiteren Zugang an Versicherten und einer Steigerung des Versicherungsbestandes.

Bonn, den 17. April 2008

Der Vorstand

Petra Albrecht

Martin Bollmann

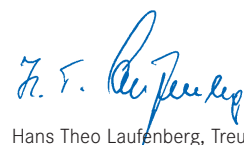
## 2 JAHRESABSCHLUSS

## 2.1 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007

Aktiva	Euro	Euro	Euro	2007 Euro	2006 Euro
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>				160.011,50	153.098,50
<b>B. Kapitalanlagen</b>					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			15.007.326,06		15.348.700,06
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	139.999.858,40				139.999.858,40
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	197.615.850,00				186.071.973,48
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	277.429,08				381.314,50
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	220.905.686,97				216.377.686,97
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	117.471.000,00	338.376.686,97			83.971.000,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	17.900.000,00	694.169.824,45			32.500.000,00
				709.177.150,51	674.650.533,41
<b>C. Forderungen</b>					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer			221.198,62		242.519,30
II. Sonstige Forderungen			53.301,23		86.587,14
				274.499,85	329.106,44
<b>D. Sonstige Vermögensgegenstände</b>					
I. Sachanlagen			80.268,50		103.444,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand			1.936.675,19		1.803.747,54
III. Andere Vermögensgegenstände			3.909.002,53		3.470.299,63
				5.925.946,22	5.377.491,17
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>					
I. Abgegrenzte Zinsen			11.751.215,02		9.926.985,95
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			313.804,16		349.329,16
				12.065.019,18	10.276.315,11
<b>Summe der Aktiva</b>				727.602.627,26	690.786.544,63

Gemäß § 73 VAG wird bestätigt, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Bonn, den 17. April 2008



Hans Theo Laufenberg, Treuhänder

Passiva	Euro	Euro	2007 Euro	2006 Euro
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			8.400.000,00	8.000.000,00
<b>B. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			7.000.000,00	7.000.000,00
<b>C. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>				
I. Beitragsüberträge		4.397.420,43		4.510.198,21
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	685.993.927,00			649.578.515,00
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	81.628.077,00	604.365.850,00		79.920.165,00
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	2.176.150,56			1.940.451,31
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	865.886,82	1.310.263,74		795.254,56
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		19.253.130,16		19.566.783,84
			629.326.664,33	594.880.528,80
<b>D. Andere Rückstellungen</b>				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		74.418,00		64.783,00
II. Steuerrückstellungen		192.307,00		9.450,00
III. Sonstige Rückstellungen		167.327,51		140.473,76
			434.052,51	214.706,76
<b>E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft</b>			81.628.077,00	79.920.165,00
<b>F. Andere Verbindlichkeiten</b>				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern			114.192,80	55.128,44
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			495.632,11	479.361,55
III. Sonstige Verbindlichkeiten			203.681,28	227.533,06
davon:				
aus Steuern	16.503,16 Euro			
(im Vorjahr 22.964,06 Euro)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00 Euro			
(im Vorjahr 0,00 Euro)				
			813.506,19	762.023,05
<b>G. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			327,23	9.121,02
<b>Summe der Passiva</b>			727.602.627,26	690.786.544,63

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c in Verbindung mit § 118b Abs. 5 Satz 2 und Abs. 6 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 28. April 2008 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.



Bonn, den 30. April 2008

Martin Bollmann, Verantwortlicher Aktuar

## 2.2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

	Euro	Euro	2007 Euro	2006 Euro
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
<b>1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung</b>				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	33.308.377,15			33.626.027,40
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	1.802.240,99	31.506.136,16		2.097.831,63
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		112.777,78	31.618.913,94	11.200,13
<b>2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung</b>			1.130.763,00	1.049.616,00
<b>3. Erträge aus Kapitalanlagen</b>				
a) Erträge aus Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.297.854,99			1.190.145,10
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	29.704.105,58	31.001.960,57		27.679.262,77
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		292.729,09	31.294.689,66	622.835,86
<b>4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung</b>				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	23.331.959,86			23.769.744,73
bb) Anteil der Rückversicherer	1.397.731,56	21.934.228,30		469.165,00
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	235.699,25			958.219,58
bb) Anteil der Rückversicherer	70.632,26	165.066,99	22.099.295,29	502.066,73
<b>5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen (Deckungsrückstellung)</b>				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		36.415.412,00		34.590.116,00
bb) Anteil der Rückversicherer		1.707.912,00	34.707.500,00	1.998.979,00
<b>6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung</b>				
			1.311.768,61	795.100,16
<b>7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung</b>				
a) Abschlussaufwendungen	614.304,43			693.033,79
b) Verwaltungsaufwendungen	655.589,54	1.269.893,97		654.702,87
c) davon ab: Erhaltene Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		1.034.541,17	235.352,80	1.927.233,07
<b>8. Aufwendungen für Kapitalanlagen</b>				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.073.143,66		1.453.824,83
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		442.274,00		449.174,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,00	1.515.417,66	2.500,00
<b>9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung</b>				
			2.833.575,85	2.776.906,99
<b>10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung</b>				
			1.341.456,39	835.376,48
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Sonstige Erträge		28.826,51		39.735,78
2. Sonstige Aufwendungen		728.790,60	./.	699.964,09
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			641.492,30	588.743,80
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			241.492,30	88.743,80
5. Jahresüberschuss			400.000,00	500.000,00
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			400.000,00	500.000,00
7. Bilanzgewinn			0,00	0,00

### 3 ANHANG

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Dabei wurde von der Möglichkeit des § 265 Abs. 8 HGB Gebrauch gemacht, Posten oder Unterposten der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung nicht aufzuführen, wenn hierunter fallende Gegenstände nicht vorhanden oder Aufwendungen oder Erträge nicht angefallen sind.

Nach dem Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetz (VersKapAG) vom 26. März 2002 sind die unter Aktiva B II 1 und 2 ausgewiesenen Kapitalanlagen nicht nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften (strenges Niederstwertprinzip), sondern nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, soweit sie dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (§ 341b Abs. 2 HGB).

Diese Zuordnung war vorsorglich für die Inhaberschuldverschreibungen sowie für die Investmentfonds vorgenommen worden, die weit überwiegend festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

Bei festverzinslichen Wertpapieren kann im Fall von steigenden Kapitalmarktzinsen und damit verbundenen sinkenden Kursen davon ausgegangen werden, dass eine Wertminderung unterhalb des Nennwerts nicht dauerhaft ist, weil die Wertpapiere bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden.

### 3.1 Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2007

#### Aktiva

##### A. Immaterielle Vermögensgegenstände

Unter dieser Position ist entgeltlich erworbene EDV-Software ausgewiesen.

Bestand am 31.12.2006	153.098,50 €
Zugänge	80.596,56 €
Abgänge	0,00 €
Abschreibungen	73.683,56 €
Bestand am 31.12.2007	160.011,50 €

##### B. Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr ist aus der Seite 17 ersichtlich (Aktivposten B I bis II).

Die Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV sind in der folgenden Übersicht angegeben:

##### Zeitwerte der Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2007

	Bilanzwert Euro	Zeitwert Euro
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	15.007.326,06	15.700.000,00
II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	139.999.858,40	140.532.758,29
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	197.615.850,00	192.905.182,00
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	277.429,08	277.429,08
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	220.905.686,97	216.560.436,28
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	117.471.000,00	112.409.400,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	17.900.000,00	17.900.000,00
Summe II.	694.169.824,45	680.585.205,65
Kapitalanlagen insgesamt	709.177.150,51	696.285.205,65

Die Gesamtsumme der (fortgeführten) Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen entspricht dem Bilanzwert und beträgt 709.177.150,51 €. Die Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwertes dieser Kapitalanlagen beträgt 696.285.205,65 €. Daraus ergibt sich ein Gesamtsaldo an stillen Lasten von 12.891.944,86 €.

Weitere Erläuterungen zu den Bilanzwerten und den Zeitwerten enthalten die folgenden Angaben.

### I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Grundstücke sind mit den weiterentwickelten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 HGB unter Berücksichtigung der Vorschriften des § 7 Abs. 4 EStG vorgenommen wurden. Nach vorliegenden Wertgutachten aus dem Jahr 2004 beträgt der Zeitwert der Grundstücke 15.700.000,00 € gegenüber einem Bilanzwert von 15.007.326,06 €. Die Zeitwerte sind als Verkehrswerte nach der Ertragswertmethode gemäß Wertermittlungsverordnung und den Wertermittlungsrichtlinien bestimmt worden. Das Grundstück Bonn, Poppelsdorfer Allee 24, wird zu 42 % für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt. Der Bilanzwert dieses Grundstücks beträgt 3.786.990,02 €.

### II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Zeitwert der sonstigen Kapitalanlagen beträgt 680.585.205,65 € gegenüber einem Bilanzwert von 694.169.824,45 €.

Die Zeitwerte der Investmentanteile und der Wertpapiere sind nach den Kurswerten bestimmt worden. Bei den Grundschnuldforderungen und den Festgeldanlagen wurden die Nominalwerte angesetzt. Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden nach der Barwert-Methode anhand von Renditestrukturen ermittelt.

#### 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Unter dieser Position sind ausgewiesen:

Investmentanteile	139.999.858,40 €
-------------------	------------------

Die Investmentanteile sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; sie sind daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert der Investmentanteile beträgt 140.532.758,29 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 69.129,42 €; die stillen Reserven betragen 602.029,31 €.

Es waren keine Abschreibungen erforderlich. Zuschreibungen gemäß § 280 Abs. 1 HGB wurden nicht vorgenommen.

#### 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Bestand gliedert sich wie folgt:

a) Inhaberschuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände sowie Liquiditätspapiere	55.121.850,00 €
b) Pfandbriefe, Kommunalobligationen und andere Inhaberschuldverschreibungen, für die kraft Gesetzes eine besondere Deckungsmasse besteht	95.015.150,00 €
c) Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	47.478.850,00 €
	197.615.850,00 €

Diese Kapitalanlagen sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert dieser Wertpapiere beträgt 192.905.182,00 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 5.681.018,00 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 970.350,00 €.

Abschreibungen wurden in Höhe von 100.900,00 € vorgenommen. Es wurden keine Zuschreibungen gemäß § 280 Abs. 1 HGB vorgenommen.

#### 3. Hypotheken-, Grundschnuld- und Rentenschnuldforderungen

Die Darlehen sind durch erstrangige Grundschnulden gesichert. Die Forderungen wurden zum Nominalwert bewertet.

#### 4. Sonstige Ausleihungen

Diese Position verteilt sich auf folgende Untergruppen:

a) Namensschuldverschreibungen	220.905.686,97 €
b) Schuldscheinforderungen	117.471.000,00 €
	338.376.686,97 €

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zum Nennwert oder dem niedrigeren Anschaffungswert bewertet.

Der Zeitwert beträgt 328.969.836,28 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 10.215.228,28 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 808.377,59 €.

#### 5. Einlagen bei Kreditinstituten

Es handelt sich um Festgeldanlagen in Höhe von 17.900.000,00 €, die zum Jahresende getätigt worden sind. Sie sind zum Nominalwert bewertet.

### C. Forderungen

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

Die Forderungen an Mitglieder sind im Verhältnis zu den Beitragseinnahmen äußerst niedrig. Von den ausgewiesenen Forderungen wurden im ersten Quartal 2008 147.714,85 € ausgeglichen.

II. Sonstige Forderungen

Die Position besteht im Wesentlichen aus Mietforderungen.

### D. Sonstige Vermögensgegenstände

I. Sachanlagen

Unter dieser Position ist ausschließlich die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Die Aktivierung erfolgte zu Anschaffungskosten, die Abschreibungen linear entsprechend den steuerlichen Vorschriften. Geringwertige Wirtschaftsgüter sind als Aufwendungen behandelt worden.

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand

Die ausgewiesenen Guthaben bestehen bei Kreditinstituten im Inland.

III. Andere Vermögensgegenstände

Hier sind im Wesentlichen Vorauszahlungen von Renten in Höhe von 3.642.157,47 € ausgewiesen, die erst am 01.01.2008 fällig geworden sind, sowie Ansprüche auf Erstattung von Steuerzahlungen.

### E. Rechnungsabgrenzungsposten

I. Abgegrenzte Zinsen

Es handelt sich um anteilige Zinsen, die auf 2007 entfallen, aber erst 2008 fällig werden.

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Es war ein Disagio aus der Begebung der nachrangigen Schuldverschreibungen eingestellt worden. Das Disagio wird zeitanteilig aufgelöst.

## Entwicklung der Aktivposten A und B I bis II im Geschäftsjahr 2007

	Bilanzwerte Vorjahr TsdEuro	Zugänge TsdEuro	Umbuchungen TsdEuro	Abgänge TsdEuro	Zuschrei- bungen TsdEuro	Abschrei- bungen TsdEuro	Bilanzwerte Geschäftsjahr TsdEuro
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände Software</b>	153	80				73	160
<b>B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken</b>	15.349					341	15.008
<b>B II. Sonstige Kapitalanlagen</b>							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	140.000						140.000
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	186.072	36.422		24.777		101	197.616
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	381			104			277
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	216.377	28.500		23.972			220.905
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	83.971	33.500					117.471
5. Einlagen bei Kreditinstituten	32.500	60.600		75.200			17.900
<b>6. Summe B II.</b>	<b>659.301</b>	<b>159.022</b>		<b>124.053</b>		<b>101</b>	<b>694.169</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>674.803</b>	<b>159.102</b>		<b>124.053</b>		<b>515</b>	<b>709.337</b>

### Passiva

#### A. Eigenkapital

##### I. Gewinnrücklagen

###### 1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen. Die Verlustrücklage wurde um 400.000,00 € auf 8.400.000,00 € erhöht.

#### B. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mehr als fünf Jahre. Der Zinssatz der Schuldverschreibungen beträgt 6,5 %.

#### C. Versicherungstechnische Rückstellungen

##### I. Beitragsüberträge

Es werden die fälligen Zahlungen der Vierteljahres- und Jahresbeiträge jeweils zum Soll gestellt; die auf das Jahr 2008 entfallenden Beitragsanteile wurden als Beitragsüberträge abgegrenzt. Anteile des Rückversicherers bestehen nicht.

##### II. Deckungsrückstellung

Die zum 31. Dezember 2007 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach dem aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplan und den der Aufsichtsbehörde angezeigten Grundsätzen prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet. Sie hat sich im Geschäftsjahr 2007 wie folgt entwickelt:

	Bruttobetrag	davon rückversichert	Nettobetrag
Stand am 31.12.2006	649.578.515,00 €	79.920.165,00 €	569.658.350,00 €
Zuführung	36.415.412,00 €	1.707.912,00 €	34.707.500,00 €
Stand am 31.12.2007	685.993.927,00 €	81.628.077,00 €	604.365.850,00 €

Entsprechend sind unter Passiva E Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 81.628.077,00 € (Vorjahr: 79.920.165,00 €) ausgewiesen.

Für die Versicherungen nach dem zum 31.12.1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“) wurde die Deckungsrückstellung zunächst nach den ursprünglichen geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen ermittelt, mit denen auch die Beiträge kalkuliert sind. Demnach werden bei Anwärtern für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Allgemeinen Sterbetafeln für die Bundesrepublik Deutschland 1949/51* und bei laufenden Renten die *Richttafeln für die Pensionsversicherung von Heubeck-Fischer* verwendet.

Um die gestiegene Lebenserwartung zu berücksichtigen, erfolgt ein Übergang auf neue biometrische Rechnungsgrundlagen. Hierzu wird die Deckungsrückstellung für diese Versicherungen seit dem Jahr 1999 schrittweise verstärkt. Zum 31.12.2007 beträgt die Verstärkung 57,4 % der Differenz der nach den neuen Rechnungsgrundlagen und der nach den ursprünglichen Rechnungsgrundlagen ermittelten Deckungsrückstellung.

Die neuen Rechnungsgrundlagen sind durch geeignete Modifikationen aus den *Richttafeln 2005 G von K. Heubeck* abgeleitet worden, um die beobachtete Risikoentwicklung angemessen zu berücksichtigen. Dabei werden ab dem Jahr 2007 in den neuen Rechnungsgrundlagen eine weiter gehende Absenkung der Sterbewahrscheinlichkeiten und eine Anpassung der künftigen Trendannahmen angesetzt. Für die Gesamt- und Rentnersterbewahrscheinlichkeiten der Basistafel werden demnach grundsätzlich 60 % der Richttafelwerte – mit weiteren Absenkungen im Altersbereich von 55 bis 80 Jahren – verwendet. Bei einem linearen Übergang der Modifikationssätze im Altersbereich von 80 bis 85 Jahren werden als Rentnersterbewahrscheinlichkeiten ab dem Alter 85 Jahre 70 % der Richttafelwerte angenommen.

Sowohl für die Deckungsrückstellung nach den bisherigen als auch nach den neuen Rechnungsgrundlagen beträgt der Rechnungszins einheitlich 3,5 %. Eine Vergleichsrechnung mit den neuen Rechnungsgrundlagen und einem erhöhten Rechnungszins von 4,0 % zeigt, dass eine so berechnete Deckungsrückstellung bereits niedriger wäre als der Betrag der in die Bilanz für diese Versicherungen – einschließlich der bisherigen Verstärkungen – eingestellten Deckungsrückstellung.

Für den ab dem 01.01.1997 geltenden „Tarif 2000“ beruhten die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafeln DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgten jährliche Anpassungen für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %. Der Tarif war zum 31.12.2001 für den Neuzugang geschlossen worden.

Für den ab dem 01.01.2002 geltenden „Tarif 2000 plus“ und den ab dem 01.01.2004 geltenden „Tarif 04 plus“ beruhten die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafeln DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgten jährliche Anpassungen für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 3,25 % für den „Tarif 2000 plus“ bzw. 2,75 % für den „Tarif 04 plus“. Diese Tarife sind für den Neuzugang geschlossen.

Für den Neuzugang an Rentenversicherungen nach dem „Tarif 2005“ in den Jahren 2005 und 2006 bzw. nach dem „Tarif 2007“ im Jahr 2007 werden als Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Sterbetafeln DAV 2004 R* verwendet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 % für den „Tarif 2005“ bzw. 2,25 % für den „Tarif 2007“.

Bei den Risikoversicherungen werden als Rechnungsgrundlagen Werte auf einem Niveau von 75 % der *Sterbetafel*n DAV 1994 T mit dem für den Tarif jeweils geltenden Rechnungszins von 3,25 %, 2,75 % oder 2,25 % angewendet.

Die Anwartschaften auf Hinterbliebenenrenten sind jeweils nach der Kollektivmethode berücksichtigt worden.

#### III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Es handelt sich um Versicherungsfälle, bei denen die abschließende Prüfung noch aussteht.

Die Rückstellung wurde für jeden Einzelfall als Barwert der maßgeblichen Versicherungsleistungen, vermindert um das vorhandene Deckungskapital bestimmt. Der Anteil für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurde auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge entsprechend ermittelt.

#### IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand am 31.12.2006	19.566.783,84 €
Entnahme im Geschäftsjahr	1.625.422,29 €
Zwischensumme	17.941.361,55 €
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	1.311.768,61 €
Stand am 31.12.2007	19.253.130,16 €

Es handelt sich ausschließlich um noch nicht zugeteilte erfolgsabhängige Überschussanteile, von denen 2.689.406 € gemäß Beschlüssen der Vertreterversammlung vom 23. Juni 2001 und 16. Juni 2007 bereits festgelegt sind. Durch den Vorschlag zur Überschussverwendung sind weitere 928.814 € gebunden, davon 487.703 € für Schlussüberschussanteile. Im Fonds für Schlussüberschussanteile sind für Kapitalabfindungen und vorzeitige Versicherungsfälle 11.174.225 € reserviert.

Die Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgte für die betroffenen Versicherungen gemäß § 28 RechVersV. Hierbei kamen versicherungsmathematische Methoden zur Anwendung. Abzinsungen wurden mit einem Zinssatz von 4,5 % vorgenommen.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang angegeben.

### D. Andere Rückstellungen

#### I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Aufgrund von Versorgungsanwartschaften wurde eine Pensionsrückstellung nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG gebildet. Als Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von K. Heubeck und ein Rechnungszins von 6,0 % verwendet. Der schrittweise Übergang auf die Teilwerte nach diesen neuen Richttafeln entsprechend den hierfür geltenden steuerlichen Vorschriften ist im Jahr 2007 abgeschlossen worden.

#### II. Steuerrückstellungen

Die Rückstellungen betreffen die Gewerbesteuer.

#### III. Sonstige Rückstellungen

Es handelt sich insbesondere um die voraussichtlichen Aufwendungen für den Jahresabschluss (Prüfung, Steuerberatung, Druck und Veröffentlichung) sowie für die Archivierung aufgrund von Aufbewahrungspflichten. Außerdem enthält diese Position Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen, für Beiträge zur Verwaltungs-Berufsgenossenschaft und für Instandhaltungskosten.

### E. Depotverbindlichkeiten

Der ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil des in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäfts an der Deckungsrückstellung (Position Passiva C II 2).

### F. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Es handelt sich um Beitragsvorauszahlungen von Mitgliedern sowie um Verbindlichkeiten für Versicherungsleistungen.

II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft

Der Betrag von 495.632,11 € ergibt sich aus dem Saldo der Abrechnung nach den geschlossenen Rückversicherungsverträgen.

Der Rückversicherer ist außerdem in Höhe von 865.886,82 € an der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beteiligt (Position Passiva C III 2).

Der Rückversicherungssaldo gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 3b RechVersV beträgt 2.408.576,00 €.

III. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Position enthält Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen, die im Jahre 2007 erbracht, aber erst nach dem Bilanzstichtag in Rechnung gestellt und inzwischen bezahlt wurden. Die Verbindlichkeiten aus Steuern belaufen sich auf 16.503,16 €. Außerdem umfasst die Position Zinsverbindlichkeiten in Höhe von 77.287,96 € für anteilige Zinsen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen (Position Passiva B), die auf 2007 entfallen, aber erst in 2008 fällig sind.

### G. Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dieser Position sind Mietvorauszahlungen ausgewiesen.

## 3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

I. Versicherungstechnische Rechnung

### 1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Die gebuchten Bruttobeiträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2007	2006
Laufende Beiträge	32.106.349,52 €	32.577.378,64 €
Einmalbeiträge	1.202.027,63 €	1.048.648,76 €
Gebuchte Brutto-Beiträge	33.308.377,15 €	33.626.027,40 €

Die gebuchten Bruttobeiträge betreffen ausschließlich Einzelversicherungen mit Gewinnbeteiligung.

Die abgegebenen Rückversicherungsbeiträge in Höhe von 1.802.240,99 € waren für den Selbstbehalt übersteigende Risiken zu leisten.

### 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Zur Erhöhung von Leistungen durch Überschussbeteiligung aufgrund der Beschlüsse der Vertreterversammlung nach § 16 Abs. 2 der Satzung war ein Betrag von 1.130.763,00 € erforderlich, der aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zu entnehmen war. Dem steht eine entsprechende Erhöhung der Deckungsrückstellung gegenüber.

### 3. Erträge aus Kapitalanlagen

Es handelt sich um	2007	2006
a) Erträge aus Grundstücken	1.297.854,99 €	1.190.145,10 €
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	29.704.105,58 €	27.679.262,77 €
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	292.729,09 €	622.835,86 €
	31.294.689,66 €	29.492.243,73 €

Die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen ergeben sich in Höhe von 234.500,00 € aus dem vorzeitigen Verkauf von Wertpapieren.

### 4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Die Zahlungen für Versicherungsfälle gliedern sich wie folgt:

	2007	2006
Laufende Renten	15.620.233,30 €	13.784.269,23 €
Rückvergütungen	34.568,32 €	18.766,17 €
Kapitalabfindungen	7.548.794,00 €	9.846.361,00 €
Regulierungsaufwendungen	128.364,24 €	120.348,33 €
	23.331.959,86 €	23.769.744,73 €
Anteile des Rückversicherers	1.397.731,56 €	469.165,00 €
	21.934.228,30 €	23.300.579,73 €

### 5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen (Deckungsrückstellung)

Der Betrag, der der Deckungsrückstellung zuzuweisen war, setzt sich wie folgt zusammen:

	2007	2006
a) Bruttobetrag	36.415.412,00	34.590.116,00 €
b) Anteil des Rückversicherers	1.707.912,00	1.998.979,00 €
Nettozuführung	34.707.500,00	32.591.137,00 €

Von der Zuführung entfallen 7.824.336,00 € auf den Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif sowie 250.895,00 € auf die Anpassung der Rechnungsgrundlagen für die neueren Tarife.

### 6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung

Nach § 16 der Satzung ist der nach Zuführung zur Verlustrücklage verbleibende Überschuss der Rückstellung für Überschussbeteiligung (Rückstellung für Beitragsrückerstattung) zuzuführen. Im Geschäftsjahr sind dies 1.311.768,61 €. Im Vorjahr belief sich der Betrag auf 795.100,16 €.

### 7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb setzen sich wie folgt zusammen:

	2007	2006
a) Abschlussaufwendungen	614.304,43 €	693.033,79 €
b) Laufende Verwaltungsaufwendungen	655.589,54 €	654.702,87 €
	1.269.893,97 €	1.347.736,66 €

Die unter c) ausgewiesene Gewinnbeteiligung aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 1.034.541,17 € ergab sich aus der Abrechnung nach den bestehenden Rückversicherungsverträgen.

#### 8. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2007	2006
a) Aufwendungen für Grundstücke	674.073,60 €	1.054.818,51 €
Verwaltung von Kapitalanlagen	399.070,06 €	399.006,32 €
	1.073.143,66 €	1.453.824,83 €
b) Abschreibungen auf Grundstücke planmäßig	341.374,00 €	341.374,00 €
Wertpapiere	100.900,00 €	107.800,00 €
	442.274,00 €	449.174,00 €
c) Verluste aus Abgang von Kapitalanlagen	0,00 €	2.500,00 €
	1.515.417,66 €	1.905.498,83 €

#### 9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

Bei dem Betrag handelt es sich ausschließlich um rechnungsmäßige Zinsen auf das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft (Position E der Passiva).

#### II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

##### 1. Sonstige Erträge

In dem Betrag sind Habenzinsen aus den Girokonten in Höhe von 22.698,54 € enthalten.

##### 2. Sonstige Aufwendungen

Die Position enthält Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes in Höhe von 227.201,50 €. Dieser Betrag umfasst Aufwendungen für Vertreterversammlung und Aufsichtsrat, für die Prüfung und Veröffentlichung des Jahresabschlusses, für die Steuerberatung, für Archivierungskosten, für allgemeine Beratungskosten sowie für Gebühren und Beiträge.

Außerdem sind in der Position Zinsaufwendungen in Höhe von 490.525,00 € für die nachrangigen Verbindlichkeiten enthalten, wobei davon 35.525,00 € auf die zeitanteilige Auflösung des Disagios entfallen. Weitere Zinsaufwendungen in Höhe von 11.064,10 € betreffen den Ausgleich der Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft, den Zinsanteil aus der Zuführung zur Pensionsrückstellung sowie übrige Zinsaufwendungen.

##### 4. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Aufwand für Steuern gliedert sich wie folgt:

Körperschaftsteuer	55.578,49 €
Solidaritätszuschlag	3.056,81 €
Gewerbesteuer	182.857,00 €
	241.492,30 €

### 5. und 6. Jahresüberschuss

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen.

Die Zuführung zur Verlustrücklage wurde mit 400.000,00 € vorgenommen.

### 3.3 Weitere Angaben

#### 3.3.1 Verpfändete Vermögensgegenstände, Haftungsverhältnisse

Verpfändete, zur Sicherung übertragene oder hinterlegte Vermögensgegenstände, für die im Insolvenzverfahren Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können - mit Ausnahme der Bestände des Sicherungsvermögens (§ 66 VAG) - sowie aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB waren weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr vorhanden.

#### 3.3.2 Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Vorjahr TsdEuro	Geschäftsjahr TsdEuro
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	–	–
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	–	–
3. Löhne und Gehälter	650	630
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	115	105
5. Aufwendungen für Altersversorgung	28	28
Summe	793	763

#### 3.3.3 Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat besteht aus:

Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen (Vorsitzender)  
Heribert Heinrichs, StB/WP, Münster (stv. Vorsitzender)  
Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg

Der Vorstand besteht aus:

Petra Albrecht, Bonn  
Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von 43.807,68 € und für die Mitglieder des Vorstandes 265.123,61 € aufgewendet. Forderungen gegenüber Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates bestehen nicht.

#### 3.3.4 Angaben zur Belegschaft

Die Pensionskasse beschäftigte im Geschäftsjahr zwei Vorstandsmitglieder und durchschnittlich 12 Arbeitnehmer, davon 3 in Elternzeit.

Bonn, den 17. April 2008

Der Vorstand

  
Petra Albrecht

  
Martin Bollmann

## 4 ANLAGE ZUM LAGEBERICHT

## Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2007

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		Summe der Jahresrenten Euro
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	
<b>I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres</b>	4.073	2.887	891	182	12.419.401,20
<b>II. Zugang während des Geschäftsjahres</b>					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	39	126	119	25	1.886.794,96
2. sonstiger Zugang	2	1	–	–	323,04
3. gesamter Zugang	41	127	119	25	1.887.118,00
<b>III. Abgang während des Geschäftsjahres</b>					
1. Tod	8	1	22	3	246.203,08
2. Beginn der Altersrente	110	23	–	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	9	2	–	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–	1	1	17.467,12
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	34	18	–	–	–
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	2	–	–	–	–
7. sonstiger Abgang	–	1	2	–	115.561,64
8. gesamter Abgang	163	45	25	4	379.231,84
<b>IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres</b>	3.951	2.969	985	203	13.927.287,36
davon					
1. beitragsfreie Anwartschaften	366	262			
2. in Rückdeckung gegeben	2.370	908	–	–	–

## Hinterbliebenenrenten

	Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Summe der Jahresrenten		
				Witwen Euro	Witwer Euro	Waisen Euro
	280	3	43	1.524.643,56	10.548,76	98.853,52
	24	–	5	185.003,24	–	4.956,00
	–	–	–	83,52	14,40	–
	24	–	5	185.086,76	14,40	4.956,00
	8	1	–	57.478,04	5.380,24	–
	–	–	–	–	–	–
	–	–	–	–	–	–
	–	–	10	–	–	23.086,44
	–	–	–	–	–	–
	–	–	–	–	–	–
	–	–	–	–	–	–
	8	1	10	57.478,04	5.380,24	23.086,44
	296	2	38	1.652.252,28	5.182,92	80.723,08
	–	–	–	–	–	–

## Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen, weiteren Kapitalversicherungen und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2007

### A. Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen und weiteren Kapitalversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Sterbegeldversicherungen		Weitere Kapitalversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro
<b>I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres</b>	–	–	44	6.480.258,00
<b>II. Zugang während des Geschäftsjahres</b>				
1. abgeschlossene Versicherungen	–	–	–	–
2. sonstiger Zugang	–	–	–	–
3. gesamter Zugang	–	–	–	–
<b>III. Abgang während des Geschäftsjahres</b>				
1. Tod	–	–	–	–
2. Ablauf	–	–	–	–
3. Storno	–	–	1	300.000,00
4. sonstiger Abgang	–	–	1	128.000,00
5. gesamter Abgang	–	–	2	428.000,00
<b>IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres</b>	–	–	42	6.052.258,00
davon				
1. beitragsfreie Versicherungen	–	–	–	–
2. in Rückdeckung gegeben	–	–	42	4.084.758,00

### B. Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro
<b>Bestand</b>				
1. am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	42	11.751
2. am Ende des Geschäftsjahres	–	–	40	10.560
davon in Rückdeckung gegeben	–	–	40	7.842

Unter den sonstigen Zusatzversicherungen sind die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen zu den weiteren Kapitalversicherungen ausgewiesen.

## 5 ANLAGE ZUM ANHANG

### Überschussverwendung

Der Vertreterversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Bei Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“), die im Jahr 2008 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 6,75 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt.
2. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung mit einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

a) die im Dezember 2007 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten),  
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2008 die versicherten Renten für im Januar 2007 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen um einen Betrag erhöht, der sich nach geschäftsplanmäßigen Grundsätzen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2007 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

b) die im Dezember 2007 beitragspflichtig waren,  
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 30 % des für das Jahr 2007 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die Gutschrift wird gemäß § 24 Abs. 4 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2008 verwendet.

Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, die im Jahr 2008 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird in der Grundversorgung ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 1,00 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt.

3. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000 plus“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

a) die im Dezember 2007 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten),  
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2008 die versicherten Renten um 0,75 % erhöht; für im Januar 2007 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2007 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

b) die im Dezember 2007 beitragspflichtig waren,  
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,75 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2007 vorgenommen, wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,75 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2007 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2007 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2008 verwendet.

4. Bei Versicherungen nach dem „**Tarif 04 plus**“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
- a) die im Dezember 2007 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten),  
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2008 die versicherten Renten um 1,25 % erhöht; für im Januar 2007 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2007 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
  - b) die im Dezember 2007 beitragspflichtig waren,  
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2007 vorgenommen,  
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2007 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2007 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2008 verwendet.

5. Bei den Versicherungen „**ds:Rente**“, „**ds:Rente Plus**“, „**ds:bAV**“ und „**ds:Basis**“, jeweils nach dem „**Tarif 2005**“ oder dem „**Tarif 2007**“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
- a) die im Dezember 2007 beitragsfrei waren (ohne die laufenden Renten),  
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2008 die versicherten Renten im „**Tarif 2005**“ um 1,50 % bzw. im „**Tarif 2007**“ um 2,00 % erhöht; für im Januar 2007 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 25 % des für das Jahr 2007 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
  - b) die im Dezember 2007 beitragspflichtig waren,  
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,50 % im „**Tarif 2005**“ bzw. 2,00 % im „**Tarif 2007**“ des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2007 vorgenommen,  
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,50 % im „**Tarif 2005**“ bzw. 2,00 % im „**Tarif 2007**“ des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2007 zuzüglich 25 % des für das Jahr 2007 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2008 verwendet.

c) die im Dezember 2007 im Rentenbezug waren (einschließlich der Versicherungen mit sofortigem Beginn der Altersrente), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2008 die laufenden Renten im „Tarif 2005“ um 1,75 % bzw. im „Tarif 2007“ um 2,25 % erhöht.

Zusätzlich erhalten die Versicherungen nach den Buchstaben a und b bei Eintritt eines Leistungsfalles im Jahr 2008 eine Schlussüberschussbeteiligung gemäß § 8 Abs. 7 AVB, indem der für die Leistungsart erreichte Anspruch aus der laufenden Überschussbeteiligung um 20 % erhöht wird.

6. Bei Versicherungen der eigenständigen Berufsunfähigkeitsversorgung nach „Tarif 2000“, „Tarif 2000 plus“ oder „Tarif 04 plus“ – jeweils gemäß § 1 Abs. 1 Buchst. c) AVB – sowie bei den Versicherungen „ds:BU“

werden im Jahr 2009 (wie im Jahr 2008) für beitragspflichtige Versicherungen Überschussanteile in Höhe von 20 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

7. Bei Versicherungen nach „Tarif RiBUZ“ oder „Tarif 04 RiBUZ“ sowie bei den Versicherungen „ds:RiBU“

werden im Jahr 2009 (wie im Jahr 2008) für beitragspflichtige Risikoversicherungen und die zugehörigen Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen jeweils Überschussanteile in Höhe von 30 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

## 6 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutschen Steuerberater-Versicherung, Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Versicherungsvereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Versicherungsvereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Versicherungsvereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Versicherungsvereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 6. Mai 2008

Susat & Partner oHG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Dr. Schlüter  
Wirtschaftsprüfer

gez. Diener  
Wirtschaftsprüfer

## 7 BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Gemäß § 10 Abs. 5 Satz 3 der Satzung hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Ergebnisverwendung des Jahresüberschusses zu prüfen.

Dieser Aufgabe ist der Aufsichtsrat nachgekommen.

Der Aufsichtsrat hat auch im Jahr 2007 seine gesetzlichen und satzungsgemäßen Aufgaben, nämlich die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes und die Mitwirkung bei zustimmungspflichtigen Entscheidungen umfassend wahrgenommen.

Hierzu haben 5 Sitzungen stattgefunden, in denen der Vorstand nach schriftlicher Vorbereitung eingehend berichtet hat.

Die Berichte betrafen insbesondere:

- Bestandsentwicklungen
- Risikoverlauf
- Kapitalanlagen
- Werbung
- Verwaltungskosten
- Neue Versicherungsbedingungen

Auch außerhalb der Sitzungen hat der Vorstand Berichte und Statistiken vorgelegt und darüber hinaus hat sich der Aufsichtsratsvorsitzende regelmäßig über die Geschäftslage berichten lassen. Die Protokolle der Anlageausschusssitzungen der drei Spezialfonds wurden von dem Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen und gewürdigt.

Die Schwerpunkte der Beratungen und Entscheidungen des Aufsichtsrates lagen in folgenden Bereichen:

### ■ Risikoverlauf

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat über das Risikomanagement und das Ergebnis der Stresstests laufend informiert.

Bei den festverzinslichen Wertpapieren werden nur Anlagen getätigt, die über ein Investment-Grade-Rating verfügen. Der Anteil der Risikokapitalanlagen wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit begrenzt.

In der Sitzung des Aufsichtsrates am 05.12.2007 wurde der Gesetzesentwurf zur VAG-Novelle 2007 besprochen und in diesem Zusammenhang auch die neuen Anforderungen an die Geschäftsorganisation, das Risikomanagement und die erweiterten Berichtspflichten. Die neuen Anforderungen sind im Laufe des Jahres 2008 zu erfüllen. Der Vorstand plant nach den Erörterungen mit dem Aufsichtsrat, die gemäß § 64a VAG erforderliche Installation eines Risikomanagements umzusetzen.

### ■ Kapitalanlagen

Der Aufsichtsrat hat sich laufend davon überzeugt, dass die von ihm aufgestellten Grundsätze der Vermögensanlage beachtet worden sind. Darüber hinaus wurden mit dem Vorstand die Perspektiven der Kapitalanlagen erörtert. Bei allen Entscheidungen zur Vermögensanlage lassen sich Aufsichtsrat und Vorstand von dem Grundsatz leiten, dass im Zweifel die Sicherheit einer Anlage stets Vorrang vor Renditeüberlegungen hat.

Zum 31.12.2007 hat der Vorstand folgende Berichte vorgelegt, die vom Aufsichtsrat geprüft und zur Kenntnis genommen wurden:

- Bericht über Kapitalanlagen  
Der Aufsichtsrat stellt fest, dass sich die Anlagen in Übereinstimmung mit der Kapitalanlagerichtlinie befinden.
- Einschätzung, insbesondere zur Einhaltung der Risikogrenzen und der geplanten Gesamtverzinsung für das gesamte Jahr 2007  
Der Aufsichtsrat stellt fest, dass die Risikogrenzen und die Streuung gemäß der Kapitalanlagerichtlinie eingehalten sind.

■ **Verwaltungskosten**

Die Kostenpläne für die Verwaltungskosten wurden auch im Jahre 2007 unterschritten. Die Betriebskosten (Abschluss- und Verwaltungskosten) liegen deutlich unter den niedrigen geschäftsplanmäßigen Kosten.

■ **Neue Versicherungsbedingungen**

Aufgrund der Reform des Versicherungsvertragsgesetzes hat der Vorstand gemäß § 12 Abs. 2 der Satzung mit Zustimmung des Aufsichtsrates neue Allgemeine Versicherungsbedingungen für Neuverträge ab dem Jahr 2008 aufgestellt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007 wurden von Susat & Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg geprüft. Aufsichtsrat und Vorstand wurden umfassend über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet. Den schriftlichen Bericht hat der Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben. Es wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrates über die Prüfung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichtes zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Verantwortlichen Aktuars zur Kenntnis genommen und erhebt gegen den Erläuterungsbericht keine Einwendungen. Der Verantwortliche Aktuar hat die versicherungsmathematische Bestätigung im Sinne von § 2 der Aktuarverordnung abgegeben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht eingehend geprüft und empfiehlt der Vertreterversammlung, den für das Geschäftsjahr 2007 aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht festzustellen und zu genehmigen.

Dem Vorschlag des Vorstandes zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung stimmt der Aufsichtsrat zu und empfiehlt der Vertreterversammlung, die Überschussverwendung entsprechend dem Vorschlag zu beschließen.

Bonn, den 6. Mai 2008

Für den Aufsichtsrat



Hans-Adolf Neu  
Vorsitzender

## 8 ORGANE

Diese Angaben sind nicht Bestandteil des Jahresberichts.

Mitgliedervertreter:	Wahlkreis:	
Klaus Axmann, StB	Thüringen	
Jutta Barth, StB/vBP	Niedersachsen	
Franz Bausch, StB/vBP	Südbaden	
Werner Billgow, StB/WP	Hamburg	
Dr. Joachim Dalmer, StB	Mecklenburg-Vorpommern	
Klaus Decker, StB	Bremen	
Thomas Fischer, StB	Sachsen	
Michaele Hagen, StB	Sachsen-Anhalt	
Renate Nopitsch, StB/RB	Nürnberg	
Dieter Prinz, StB/WP	Köln	
Hansjörg Reiter, StB/vBP	Nordbaden	
Karl Friedrich Rienhöfer, StB	Westfalen-Lippe	
Ute Sahn, StB	Berlin	ab 16.01.2007
Matthias Sand, StB	Brandenburg	
Wilfried Schapke, StB	Schleswig-Holstein	
Dr. Hartmut L. Schwab, StB	München	
Ulrich Thiemann, StB	Rheinland-Pfalz	
Jakob Trimborn, StB	Düsseldorf	
Gerd Warner, StB	Berlin	bis 16.01.2007
Elisabeth Weber, StB	Stuttgart	
Gudrun Weißenborn, StB	Hessen	
Werner Welsch, StB/WP	Saarland	

### Aufsichtsrat:

Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen (Vors.)  
 Heribert Heinrichs, StB/WP, Münster (stv. Vors.)  
 Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg

### Vorstand:

Petra Albrecht, Bonn  
 Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

### Verantwortlicher Aktuar:

Martin Bollmann, Dipl.-Math., Köln

### Treuhänder:

Manfred Etscheid, StB, Bonn bis 30.06.2007  
 Hans Theo Laufenberg, Dipl.-Bw., StB, Bornheim  
 (Treuhänder ab 01.07.2007, stv. Treuhänder bis 30.06.2007)  
 Stephanie Goßen, StB, Meckenheim (stv.) ab 01.07.2007

TELEFONISCHE AUSKÜNFTE:

**0228/98 21 3-0**

Mo – Do: 8–17 Uhr und Fr: 8–13 Uhr

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN:

**Fax 0228/98 21 3-11**

**[info@ds-versicherung.de](mailto:info@ds-versicherung.de)**

SERVICES & INFORMATIONEN:

**[www.ds-versicherung.de](http://www.ds-versicherung.de)**